

Neu-köllnisch **DIE LINKE.PDS**

Linkes Informations- und Diskussionsblatt

Chancen für Arbeitslose ohne Leistungsanspruch

Mit der Einführung der Hartz-Gesetze wurde die Anrechnung des Partnereinkommens verschärft. In der Folge haben viele Langzeitarbeitslosen ihren Anspruch auf Leistungen verloren. Davon besonders betroffen sind Frauen und sie werden damit in Abhängigkeit zu ihrem Partnern gedrängt. Darüber hinaus sind sie auch weitgehend vom Zugang zu den arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen ausgeschlossen.

Exklusiv

aus dem Abgeordnetenhaus



Ein Ziel der Linkspartei.PDS ist, dass Nichtleistungsempfangende Hilfen für ihre berufliche Wiedereingliederung erhalten. Da weder die Bundesagentur und noch die Regionaldirektion bereit sind, für diese Gruppe besondere Angebote zu schaffen, haben wir bei den letzten Haushaltsberatungen 1,5 Mio. Euro dafür in den Haushalt eingestellt.

Auf Initiative des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, Harald Wolf, wurden nun die entsprechenden Maßnahmen beschlossen.

Menschen ohne Leistungsanspruch können in Berlin zukünftig an verschiedenen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen.

Dazu gehört das Programm »Zusatzjobs und Bildung«, das eigentlich Beschäftigten in 1-Euro-Jobs verschiedene Qualifizierungsmodule anbietet. Dies gilt auch für die Programme »Stelle statt Stütze« und »Lohnkostenzuschüsse für kleine und mittlere Unternehmen«. Bei beiden Maßnahmen erhalten Unternehmen, die zusätzliche Arbeitsplätze für Arbeitslose schaffen, einen Lohnkostenzuschuss.

Elke Breitenbach

Vom Haareschneiden kann man nicht leben

Senator Harald Wolf (Linke.PDS) fordert öffentliche Beschäftigung



ND-Foto: Burkhard Lange

Harald Wolf, Spitzenkandidat der Linken.PDS für die kommenden Wahlen, wirbt derzeit in ganz Berlin für die Eckpunkte des Wahlprogramms zum 17. September. So auch kürzlich in Mitte.

Wolf präsentierte einen Vorschlag zur Gründung eines öffentlichen Beschäftigungssektors. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sind die vielen Tätigkeiten, die es beispielsweise im Gemeinwesen, bei der Unterstützung älterer Menschen oder Alleinerziehender sowie im Bereich Umweltschutz zu erledigen gebe. »Das sind alles wichtige Arbeiten, die aber nicht getan werden, weil Geld fehlt«, erklärte der Senator. Stattdessen gebe das Land jährlich Milliarden Euro für Arbeitslosigkeit aus. Wolf schlägt deshalb vor, mit dieser riesigen Summe solche notwendigen Arbeiten zu finanzieren. Sogenannte Zusatzjobber könnten dann reguläre Arbeitsverträge erhalten. »Die Menschen hätten wieder eine Perspektive und gleichzeitig würde eine soziale Infrastruktur geschaffen«, erklärte Harald Wolf. Doch die Idee scheitert derzeit am Bundesrecht. Dabei müssten nur die Zahlungen der Arbeitsagentur und der Kommune zusammen gelegt werden. Das Ergebnis: eine einheitliche Leistung. Aber bislang stelle sich der Bund quer.

»Wir werden an ausgewählten Projekten deutlich machen, dass es funktioniert«, kündigte der PDS-Spitzenkandidat an. Dazu gibt es in diesem Jahr einen Ideenwettbewerb,

der geeignete Bereiche aufzeigt. Zusammen mit den Jobcentern will Wolf das Projekt in Angriff nehmen.

Er geht davon aus, dass durch einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor etwa 30 000 Menschen in Berlin einen neuen Arbeitsplatz erhalten.

Kritisch äußerte er sich zur gegenwärtigen Wirtschaftspolitik des Bundes. Steuersenkung für Besserverdienende und gleichzeitiger Abbau sozialer Sicherungssysteme führe zu einer Reduzierung der Massenkaukraft. »Berlin wird der Mehrwertsteuererhöhung nicht zustimmen, denn das ist wirtschaftspolitisch kontraproduktiv«, betonte der Politiker.

Außerdem äußerte sich Wolf zum Erhalt von Industrie-arbeitsplätzen in der Hauptstadt und zum Umgang mit öffentlichen Unternehmen. Er machte deutlich, Jobs in der Industrie bilden das Rückrad für die Dienstleistungsbranchen. »Wir können nicht davon leben, dass wir uns alle gegenseitig die Haare schneiden«, erklärte er. Fakt sei, ein industrieller Arbeitsplatz ziehe drei bis vier Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich nach sich. Und derzeit stünden in Berlin rund 100 000 in der Industrie, etwa 200 000 Arbeitsplätzen im Dienstleistungsgewerbe gegenüber. »Wenn wir mehr Jobs im Dienstleistungssektor schaffen wollen, brauchen wir industrielles Wachstum«, betonte Harald Wolf. Als Schwerpunktbereiche nannte er: Medizintechnik, Biotechnologie, Kommunikationstechnologie und Medien. Steffi Bey

Hartz IV überwinden – Aktive kommunale Beschäftigungspolitik in Berlin

Diskussionsveranstaltung mit Harald Wolf
Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen
und vielen anderen interessanten Gesprächspartnern

8. Mai, 16 Uhr

Nachbarschaftsheim Schierker Straße 53
in 12051 Berlin

Schluss mit dem Wegschauen!

Schluss mit der Gewalt gegen Frauen!

Zum Urteil des Berliner Landgerichts gegen den Mörder von Hatun Sürücü erklärt das Mitglied des Fraktionsvorstandes und frauenpolitische Sprecherin Evrim Baba:

Verbrechen gegen Frauen unter religiösen oder traditionellen Vorwand werden nicht länger als ›kulturbedingte‹ Taten toleriert. Dies ist die Botschaft, die vom Urteil des Berliner Landgerichtes gegen den Bruder von Hatun Sürücü ausgeht. Damit setzt sich endlich die Einsicht durch, dass es bei den Menschenrechten keinen Rabatt auf ›kulturelle Differenz‹ geben darf. Es darf keine Toleranz gegenüber repressive und frauenfeindliche Einstellungen weder aus religiösen, traditionellen noch anderen Gründen.

Die Frauen brauchen keine wohlmeinenden Appelle, sondern Taten, die das Schweigen der über die Kumpanei des Kulturrelativismus mit der Unterdrückung von Frauen endlich brechen! Archaische Regeln müssen durch eine emanzipatorische Politik

bekämpft werden, die den Frauen die Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts ermöglicht. Der Mord an Hatun Sürücü, der große Teile der Berliner Bevölkerung schockierte, ist kein Einzelfall.

Gewalt gegen Frauen ist in unserer Stadt nach wie vor ein alltägliches Problem. Sie ist dabei nicht auf bestimmte Gruppen beschränkt. Wir brauchen ein gesellschaftliches Klima, das derartige Taten nicht akzeptiert. Frauen und Familienmitglieder, die nach ihren Lebensvorstellungen leben wollen, müssen von unserer Gesellschaft darin bestärkt werden. Ihnen gilt es Hilfe und Schutzangebote zur Verfügung zu stellen. Vor allem brauchen sie Unterstützung dabei, ihren Aufenthalt und ihre Existenz auch unabhängig von der Familie aufbauen zu können. In Berlin verfügen wir über professionelle Hilfsangebote, für die entsprechenden Änderungen im Aufenthaltsrecht setzen wir uns konsequent ein.

Evrim Baba

Jugendliche mit Migrationshintergrund nicht länger stigmatisieren

Erklärung zur Situation an der Rütli-Schule

Die Situation an der Rütli-Schule und den weiteren Hauptschulen in Berlin wieder einmal nur auf den vermeintlich zu hohen »Ausländeranteil« zu reduzieren, produziert eine weitere Stigmatisierung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Doch es löst die Probleme nicht. Tatsache ist, dass in den Hauptschulen jene konzentriert werden, die durch die soziale Selektion am Ende der Grundschule nicht weiter kommen. Die damit verbundene Perspektivlosigkeit ist ihnen durchaus bewusst und bringt sie zu vorzeitigem Aufgeben jeglicher Bildungsmotivation. Es gibt kein Ziel oder Sinn für die Mühe des Lernens. Wenn schon Realschüler oder Gymnasiasten für sich keine Zukunft auf dem Arbeitsmarkt sehen, erwarten Hauptschüler noch weniger Möglichkeiten.

Natürlich rechtfertigt das nicht gewalttätige Übergriffe, die an der Rütli-Schule immerhin einen Polizeieinsatz nötig machten. Aber sogenannte arabische Jugendliche einfach zu Sündenböcken zu machen, hilft nicht weiter. Auch Eltern und Lehrer können

nicht ausgleichen, was die Gesellschaft diesen Jugendlichen verwehrt – bessere Bildungs- und damit Zukunftschancen.

Zu dem Schluss, dass dabei ein entscheidendes Problem in Deutschland im selektiven Schulsystem liegt, kam vor wenigen Wochen auch der Sonderbeauftragte der UN-Menschenrechtskommission während seines Besuches in Berlin. Deshalb sollte die mit der Rütli-Schule erneut aufgekommene Diskussion dazu dienen, intensiv über eine Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die Entwicklung einer integrativen Schule nach skandinavischem Muster nachzudenken. Jeder Mensch ist es Wert, bestmöglich gefördert zu werden.

Derzeit ist das Projekt der Fraktion der Linkspartei.PDS ›Länger gemeinsam lernen – Berlin wird skandinavisch schlau‹ in der Diskussion. Es ist ein erster Schritt auf dem richtigen Weg.

Giyasettin Sayan
Migrationspolitischer Sprecher
der Fraktion im AGH

Beschlüsse von der BVV am 6. April

Wichtige Beschlüsse der außerordentlichen Sitzung der BVV vom 6. April 2006

Drs.Nr.: 1645/XVII

Dringlichkeitsentschließung

Betr.: Zustände an der Rütli-Schule
Antragsteller CDU

Änderungsantrag Nr. 1

Antragssteller SPD/Grüne/Linke.PDS

Änderungsantrag Nr. 2

Antragssteller CDU

Namentliche Abstimmung des AA Nr.2 24 JA, 27 NEIN

Offene Abstimmung AA Nr. 2

27 JA, 24 NEIN

Ergebnis: Annahme des Änderungsantrages der SPD/Grüne/Linke.PDS

Drs.Nr.: 1642/XVII

Dringlichkeitsantrag

Antragssteller CDU

Betr.: Missbilligungsantrag gegen den Bezirksstadtrat Schimmang

Geheime Abstimmung:

20 JA, 27 NEIN, 4 Enthaltungen

Ergebnis: Missbilligungsantrag abgelehnt

Drs.Nr.: 1643/XVII

Antrag

Betr.: Taten statt Stimmungen: Aktionsprogramm für Schulen

Antragssteller CDU

Änderungsantrag Nr. 1

Antragssteller SPD/Grüne/Linke.PDS

Änderungsantrag Nr. 2

Antragssteller CDU

Namentliche Abstimmung des AA Nr. 2

22 JA, 28 NEIN

Offene Abstimmung des AA Nr. 1

27 JA, 24 NEIN

Ergebnis: Annahme des Änderungsantrages der SPD/Grüne/Linke.PDS

Alle Unterlagen können im Fraktionsbüro, Raum A 307 oder in der Geschäftsstelle am Richardplatz eingesehen werden.

Geht uns geht die Arbeit aus?

Die Wandlung des Arbeitsmarktes

In unserem neuen Jahrhundert, so eine These, würden 20 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung ausreichen, um die Wirtschaft auf dem heutigen Stand in Schwung zu halten. 80 Prozent der so genannten erwerbsfähigen Bevölkerung blieben demzufolge ohne Job. Rationalisierung, Automatisierung und Flexibilisierung von Arbeitsabläufen führen also dazu, dass uns die Arbeit ausgeht.

Jedes Jahr verschwinden durchschnittlich über 10 Prozent aller Arbeitsplätze. Das kommt eben auch dadurch, dass immer weniger Menschen in der Industrie gebraucht werden, um die für die Gesellschaft notwendigen Güter zu schaffen.

Die Rolle der Produktion, als Verwertung des Kapitals nimmt stetig ab. Die globalisierte Welt bietet dem Kapital viele neue Chancen und profitablere Umschlagsmöglichkeiten. Kapital zieht sich bekanntlich dort hin, wo es sich am schnellsten und besten amortisieren kann, dem internationalen Kapitalmarkt.

Aber die Gesellschaft ansich, mit ihren

Anforderungen und Bedürfnissen, bringt auch immer wieder neue Arbeitsplätze in Verbindung mit neuen Arbeitsprozessen in neuen Unternehmen hervor, die allerdings darauf abgestimmte, bessere und umfassendere Qualifikationen voraussetzen. Die Herausforderung der Gesellschaft liegt unter anderem auch in der Schließung dieser Qualifikationslücke.

Das Problem derzeit ist allerdings, dass auf der Angebotsseite, bei der Vermittlung neuer Kompetenzen ein wesentlich geringeres Tempo, als bei den Innovationen, zu verzeichnen ist. Dies führt zu einem »Arbeitsmarkt mit zwei Geschwindigkeiten«, mit einem Überangebot an überholten Fertigkeiten einerseits und Engpässen bei den neuen Kompetenzen andererseits.

Die Rolle der derzeitigen Arbeitsmarktpolitik, die die ausgewogene Steuerung zwischen Vermittlung und Qualifizierung handeln müsste, ist zweifelhaft und entspricht nicht im Geringsten den gewachsenen gesellschaftlichen Erfordernissen.

Aber das ist nur eine Seite zur Lösung

des Konfliktes zwischen technologischer Modernisierung, die die Arbeitskräfte freisetzt, Kapitalabwanderung und Arbeitsmarktpolitik, die Vollbeschäftigung anstreben sollte.

Was ist tut sich zum Beispiel auf den »Nonprofit-Sektor«, dem Bereich, der zur Profilierung und Weiterentwicklung einer Gesellschaft unabdingbar ist?

Arbeit gibt es hier mehr als genug: in Bildung und Erziehung, im öffentlichen Raum, für gesellschaftliche und gemeinnützige Belange.

Der öffentliche geförderte Beschäftigungssektor gewinnt unter den derzeitigen gesellschaftlichen Bedingungen immer mehr an Bedeutung.

Das Problem besteht also nicht darin, dass uns die Arbeit ausgeht, sondern darin, wie Arbeit gesellschaftlich organisiert und auch bezahlt werden kann.

Statt massenhaft Arbeitslosigkeit zu finanzieren und Menschen zu Bittstellern abzustempeln, sollten endlich gesellschaftlich notwendige existenzsichernde Arbeitsplätze geschaffen werden. Hier sollte vom Gesetzgeber her auch endlich das »vagabundierende« Kapital in die Pflicht genommen werden.

Sylvia Stelz

Linke kämpfen gemeinsam für Mindestlohn im Land

Ende April starteten Linkspartei.PDS und WASG auf ihren Bundesparteitagen eine gemeinsame Kampagne für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes. Im Mittelpunkt steht dabei die Forderung nach 8 Euro brutto je Arbeitsstunde. Niedrigere Stundenlöhne sollen in Deutschland damit gesetzlich verboten werden.

Die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn nahm im Wahlprogramm der LINKEN einen herausgehobenen Platz ein. Im vergangenen Sommer gab es dafür heftige Prügel von den anderen Parteien. Nicht zuletzt in Reaktion auf das gute linke Abschneiden bei den Wahlen steht der Mindestlohn nun auch dem Plan von Merkel und Müntefering; im Herbst soll es einen Gesetzentwurf geben. Nach allem, was heute zu hören ist, wird dabei an 4 bis 6 Euro je Stunde gedacht.

Für Linkspartei.PDS und WASG gilt: Wenn die Bundesregierung nun endlich einen Gesetzentwurf zum Mindestlohn vorlegen will, so ist das ein erster Erfolg. Nun gilt es, dran-zubleiben und dafür zu werben und streiten, dass die Höhe dem Anspruch gerecht wird.

»Lohn zum Leben« –

8 Euro mindestens!

Heute arbeiten fast vier Millionen Menschen zu Armutslöhnen, bei denen auch bei

einer Vollzeitbeschäftigung deutlich unter 1.000 Euro herauskommen. Die gesetzliche Pfändungsfreigrenze liegt bei 985 Euro, was umgerechnet etwa 8 Euro brutto Stundenlohn bedeutet. Ein gesetzlicher Mindestlohn sollte damit im Einklang stehen. 8 Euro sind für uns ein Einstieg, letztlich muss es darum gehen, gesetzlich zu verankern, dass niemand weniger als 50% des Durchschnittslohnes verdienen darf.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat hierzu einen Gesetzentwurf erarbeitet. Darin sind auch Übergangsfristen für kleine Betriebe vorgesehen, für die eine Aufstockung heute oft weit niedriger Löhne nicht so einfach sein kann. Ein gesetzlicher Mindestlohn bringt kleinen Dienstleistungsbetrieben zudem die Sicherheit, dass keine Konkurrenz darunter anbieten darf.

Und er hätte auch für Jobcenter zu gelten. Statt 1-Euro-Jobs plus Stütze wären auch hier mindestens 8 Euro Lohn zu zahlen.

Stoppzeichen gegen die Abwärtsspirale setzen

Kommt der gesetzliche Mindestlohn in anständiger Höhe durch, so wäre ein wichtiger Erfolg gegen die neoliberalen Heilslehren errungen, die seit Jahr und Tag verkünden, je niedriger die Löhne, desto heftiger sprudeln

die Arbeitsplätze aus dem Markt hervor. Dieser Glaube ist durch die Realität längst widerlegt. Nun gilt es, der Lohndrückerei eine untere Grenze zu setzen, damit mit eigener Arbeit eine Existenz gesichert werden kann. Gleichzeitig wird auch dem Austrocknen der Binnennachfrage und Massenkaufkraft entgegen gewirkt.

In 18 von 25 EU-Ländern gibt es bereits einen gesetzlichen Mindestlohn, etwa in Großbritannien (7,36 Euro), in den Niederlanden (7,96 Euro), in Belgien (7,48 Euro) oder Frankreich (8,03 Euro).

Druck aufbauen bis zum Herbst!

Mit Informationsmaterialien, Plakaten, Infotischen, spektakulären Straßenaktionen, Diskussionsveranstaltungen und Aktionen vor Betrieben mit Armutslöhnen sollen örtliche Bündnisse für einen gesetzlichen Mindestlohn unterstützt und der politische Druck auf die Bundestagsparteien erhöht werden, eine sozial gerechte Mindestlohnregelung zu verabschieden. Linkspartei.PDS und WASG wirken hier mit der Kampagne von ver.di zusammen. Gemeinsam geht es darum: Wir wollen keinen »Kombi-Mindestlohn« von z.B. 5 Euro Lohn und 3 Euro Zuschuss. Wir brauchen eine einheitliche gesetzliche Lohnuntergrenze. Sie muss Armut trotz Arbeit verhindern. Nur ein existenzsichernder Mindestlohn ist ein sozial gerechter Mindestlohn!

Horst Kahrs, Leiter des Bereiches Strategie und Politik beim Parteivorstand

Urmel zu Gast in Neukölln

›Kultur-Event‹ nennt man so etwas heute. Einmal im Quartal unternimmt der Bezirksverband der Linkspartei.PDS etwas, das ausnahmsweise nichts mit Politik zu tun hat: einen Theaterabend, eine Dampferfahrt oder einen Museumsbesuch. Am 19. März ging es ins Neuköllner Puppentheater-Museum, das in diesem Jahr zehn Jahre alt wird.

Museumschef Nikolaus Hein nahm sich die Zeit, den Besuchern die Geschichte des Museums nahe zu bringen. Der gelernte Fotograf hatte 1970 mit der Sammlung von Puppenfiguren begonnen, aber schon seit 1965 sporadisch Ausschau gehalten. Viele der heute rund 7200 Museums-Exponate stammen von Auktionen, ein Teil von Theater-Auflösungen, Spielwarenbörsen und Flohmärkten. 1986 gründete Hein das ›Mobiles Puppentheater-Museum‹, tourte damit durch Deutschland.

Bald hatte er genug vom Wanderleben und suchte eine feste Bleibe für sich und seine Puppen. Er fand sie, mit Unterstützung des Bezirks, in Neukölln. Insgesamt gibt es laut Hein in Deutschland nur vier Puppentheater-Museen – in München, Lübeck, Dresden und

eben Berlin. Unter den etwa 7200 Exponaten finden sich rund 1200 Theaterpuppen, von Marionetten über Handpuppen bis zu Schattentheater-Figuren und Großpuppen. Dazu kommen Texte für Puppenspiele, Stiche, Fotos, Literatur und Plakate.



In der aktuellen Ausstellung sind mehr als 40 Originalmarionetten der Augsburger Puppenkiste zu sehen – von Urmel über Dankratz aus dem Kinofilm ›Monty Spinneratz‹ bis zum Zauberer Schmollo – einige davon zum ersten Mal außerhalb Augsburgs. Die Erfolgsgeschichte der 1948 gegründeten Augsburger Puppenkiste wird in einer Fotodokumentation vorgestellt. In einem Minikino können

sich die Besucher Filme und TV-Sendungen mit den berühmten Figuren ansehen.

Die Ausstellung ›Die Augsburger Puppenkiste‹ ist noch bis zum 17. Juli im Puppentheater-Museum, Karl-Marx-Straße 135, zu sehen. Das Museum ist montags bis freitags, 9-16 Uhr, sowie sonntags zwischen 11 und 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt kostet 2,60 Euro, ermäßigt 1,90 Euro. Informationen und Anmeldung unter Tel.: 030-6878132.

Hinweis auf Kultur-Event im zweiten Quartal
Jim Knopf

Neuköllner Termine für Mai

Gropiuspassagen

6. Mai, 10-24 Uhr

8. Neuköllner Wirtschaftstag

Schloß Britz

ab 4. Mai

div. Veranstaltungen anlässlich 300 Jahre Schloß Britz

Alt-Rudow

6. und 7. Mai

Rudower Frühlingsmeile

Museum Neukölln

11. Mai, 19 Uhr

Eröffnung der Jahresausstellung ›Reisefieber‹

Schillerpromenade

13. Mai, 14 –20 Uhr

Kiezfest

Galerie im Körnerpark

12. Mai, 19 Uhr

Eröffnung der Gruppenausstellung zur Fußball-WM

Stadtbibliothek Neukölln

19. Mai, ab 18 Uhr

mehrere Konzerte anlässlich 100 Jahre Stadtbibliothek

Termine der Linke.PDS

Bezirksvorstand

5. und 19. Mai, 17 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz 16

Mitgliederversammlung

19. Mai, 19 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz 16

Fraktionssitzung

15. und 22. Mai, 17 Uhr
Rathaus, Raum A 307

BBV

24. Mai, 17 Uhr
Beginn mit der Bürgerfragestunde
Rathaus, BBV-Saal

Wahlversammlung

Listenwahl BBV und DK AGH

30. Mai, 18 Uhr
Richardplatz 16

Wahlaktiv

12. Mai, 15 Uhr, 29. Mai, 16 Uhr
Richardplatz 16

Info-Stände

6. Mai, 10 Uhr
Gropiuspassagen

13. Mai, 10 Uhr

Alt-Rudow

20. Mai, 11 Uhr

Kottbusser Damm/Maybachufer

Junge Linke

3. Mai, 17 Uhr, 17. Mai, 19 Uhr
Geschäftsstelle Richardplatz 16

AG Migration

19. Mai, 15 Uhr
Richardplatz 16

AG Hartz IV

7. Juni, 17 Uhr
Richardplatz 16

AG Kultur

4. Mai, 18.30

Arbeitstreffen, QM Reuterplatz,
Hobrechtstr.59

9. Mai, 19 Uhr

Lesung in der Kaktusblüte

Emser Straße

23. Mai, 19 Uhr

Themenabend ›Geschichte zum Anfassen‹

Richardplatz 16

AK ErWiN

9. und 23. Mai, 11-14 Uhr

Arbeitslosenfrühstück

2. und 16. Mai, 17-19 Uhr

Arbeitstreffen

Wir trauern um unsere Genossin Mariechen (Marie Müller)

die kurz vor Vollendung
ihres 98. Lebensjahres,
nach langer Krankheit
verstarb

IMPRESSUM

›Neu-köllnisch‹ erscheint 10x im Jahr.

Herausgeber: Linke.PDS Berlin,

Auflage dieser Ausgabe: 1.500

V.i.S.d.P.: Dr. Sylvia Stelz

Geschäftsstelle Neukölln, Richardplatz 16,

12055 Berlin, Tel./Fax: 6 13 59 19

Redaktionschluss: 21. April 2006

*Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen
nicht der Ansicht des Herausgebers entsprechen!*

Geburtstage

Wir gratulieren recht herzlich im Mai

Dietrich Fischer
Werner Gutsche
Ayhan Özsoy